

1059/AB XXV. GP

Eingelangt am 26.05.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Anfragebeantwortung

ANDRÄ RUPPRECHTER
Bundesminister



An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag. a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

ZI. LE.4.2.4/0042-I/3/2014

Wien, am 22. MAI 2014

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen vom 27. März 2014, Nr. 1202/J, betreffend Förderungen für Photovoltaik-Module

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen vom 27. März 2014, Nr. 1202/J, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 bis 3:

PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden wurden aus Mitteln des im Jahr 2007 geschaffenen Klima- und Energiefonds gefördert. Dieser fördert seit dem Jahr 2011 in den von ihm unterstützten Klima- und Energiemodellregionen PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden als öffentlichkeitswirksame Vorzeige- und Demonstrationsprojekte.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

<i>Jahr</i>	<i>Anzahl der PV-Projekte</i>	<i>beantragte Kosten in Euro</i>	<i>Förderung in Euro</i>
2011	142	6.143.993	1.152.802
2012	077	2.421.637	548.380
2013	155	4.611.675	1.044.863
Summen	374	13.177.305	2.746.045

Betreffend die nicht vom Klima- und Energiefonds geförderten PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden wird auf die Anfragebeantwortung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Nr. 1203/J, verwiesen.

Zu den Fragen 4 bis 6:

Im Rahmen des Förderprogramms werden keine Daten bezüglich der Herkunft der Module erhoben, da dies aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht zulässig ist. Eine diesbezügliche Differenzierung würde klar gegen die entsprechenden Regelungen der WTO verstößen.

Das Thema Billigimporte von chinesischen PV-Modulen war 2013 Gegenstand von intensiven Verhandlungen zwischen den dafür zuständigen EU-Gremien und China. Bekanntlich hat sich die EU mit China über Mindestpreise und Mengenbegrenzungen für chinesische PV-Importe geeinigt. Diese Vereinbarungen sind auch für die Mitgliedstaaten verbindlich und erlauben keine nationalen Sonderregelungen betreffend PV-Produkten aus China.

Der Bundesminister: